

lichkeit nicht wesentlich abweichen. Die Zahl der Juden in Sowjetrußland wird mit 2 662 000 angegeben. Ueber das Los dieser zweieinhalb Millionen können wir in Europa nur vage Vermutungen anstellen. Die Sowjetmacht beherrscht den Nachrichtenapparat vollkommen, und was ihr nicht in den Kram paßt, läßt sie nicht ins Ausland gelangen. Daß sie in den letzten Jahren mit pekuniärer Beihilfe der amerikanischen Juden Zehntausende (nach manchen: Hunderttausende) deklassierter russischer Juden zu Bauern auf eigener Scholle gemacht hat, wird ihr unbestrittenes Verdienst bleiben. Allerdings ist damit das ganze jüdische Problem in Sowjetrußland noch nicht gelöst. Denn wenn man auch das Los des dortigen jüdischen Proletariats als gebessert ansehen möchte, so bleiben doch noch immer gewaltige jüdische Massen, die sich weder in die Fabrik, noch ins Bauerndorf einreihen lassen. Diese schwankenden Elemente sind es wohl, die in dem zu einer gewissen Uniformität erstarrenden russischen Staatswesen Reibungen verursachen und Unbehagen hervorrufen. Daraus erklären sich auch die in letzter Zeit immer wieder auftauchenden Nachrichten von antisemitischen Strömungen in Sowjetrußland, die manche sogar in maßgebenden Regierungskreisen beobachtet haben wollen. Alle derartigen Meldungen sind aber zum Teil Uebertreibungen, welche von jüdischen und nichtjüdischen russischen Emigranten zur Anschwärzung des Sowjetregimes verbreitet werden, teils mögen sie im Tatsächlichen wohl zutreffen, aber in der Motivierung falsch sein. Damit wollen wir nicht behaupten, daß die russischen Machträger, die Rykows und Stalins samt den Trotzky's und Radeks, für Juden als solche viel übrig haben. Sicherlich ist ihnen die noch nicht ins System eingefügte jüdische Mittelklasse mit ihren religiösen, nationalen und kulturellen Aspirationen ein Dorn im Auge. Andererseits aber sind diese Herren viel zu klare Denker, um nicht einzusehen, daß ein Rückfall in zaristische Anschauungen oder auch nur ein Dulden derselben soviel hieße, als den Ast absägen, auf dem sie sitzen. Für die nächste Zukunft droht den russischen Juden vom Antisemitismus keine Gefahr. Ihr Problem ist das der sozialen Anpassung. Es ist schwer genug, aber bei gegenseitigem Entgegenkommen nicht unlösbar.

In Kürze

Berlin. Herr Dr. Jakobowitz, zur Zeit Rabbiner in Königsberg, wurde von der Kaschuth-Kommission der Berliner Gemeinde zum Dajan gewählt und dürfte dieser Berufung folgen. — **Neumarkt a. d. Oder.** Der hiesige Distriktsrabbiner Dr. Magnus Weinberg, ein Schüler des Berliner Rabbinerseminars, feierte dieser Tage sein 60jähriges Jubiläum. Dr. Weinberg war auch vielfach, besonders auf dem Gebiete der jüdischen Geschichte, schriftstellerisch tätig und erfreut sich in weiten Kreisen aufrichtiger Wertschätzung. — **Essen.** Kürzlich fand hier eine Tagung des Gruppenverbandes Rheinland und Westfalen der ostjüdischen Organisationen statt. Es wurde u. a. über die rechtliche Lage der Staatenlosen referiert. — **Herfoshausen.** Die hiesige Synagoge wurde wegen ihres baufälligen Zustandes polizeilich geschlossen. Die Synagoge wurde erst 1848 erbaut, ist also noch keine 80 Jahre alt. Die kleine Gemeinde wird dadurch sehr hart betroffen. — **Kassel.** Hier wurde ein jüdischer Verein gegründet, der sich zur Aufgabe gestellt hat, die Kranken in den Krankenhäusern zu besuchen. Zum Vorsitzenden wurde Herr Hauptlehrer S. Neuman gewählt. — **Danzig.** Zum Nachfolger des verstorbenen Rabbiners Dr. Kälter ist Rabbiner Dr. Kronheim in Bielefeld gewählt worden. — **Wien.** Kürzlich wurde hier eine Abteilung des Berliner Jüdischen wissenschaftlichen Instituts gegründet. Es steht unter der Leitung von Dr. Goldhammer und Dr. Gelber und wird sich der Erforschung der Geschichte und der sozialen Schichtung der österreichischen Juden widmen. — Die Führer der Wiener jüdischen Jugendorganisationen hielten kürzlich eine Konferenz ab, in der die Gründung eines jüdischen Jugendverbandes beschlossen wurde. — Das Drama „Der Golem“ des erfolgreichen jüdischen Dramatikers H. Leiwik wird im kommenden Herbst in den Wiener Kammerspielen zur Uraufführung gelangen. Die erste Aufführung in jiddischer Sprache findet im Januar 1928 in Neuyork statt. — **Lodz.** Am Schabbath vor Pessach zogen 600 Schülerinnen der Bels-Jaakow-Schule Lodz in einer geschlossenen Gruppe zum Morgengebet in der Großen Schule, um auf diese Weise ihre Religiosität öffentlich zu manifestieren. Die Polizei sperrte die Straße ab, damit der Demonstrationzug nicht gestört wurde. — **Warschau.** Der jüdische Sejmabgeordnete Dr. Bernhard Hausner wurde zum polnischen Konsul in Tel-Aviv designiert. — Das Kultusministerium hat ein Projekt betreffend eine demokratische Organisation der jüdischen Gemeinden Galiziens auf Grund demokratischer Wahlen ausgearbeitet. — **Jerusalem.** Kürzlich fand hier die Generalversammlung der Misrachi-Bank statt. Der Geschäftsbericht des Direktors Perlmann zeigte eine günstige Entwicklung des Instituts. Es wurde die Verteilung einer dreiprozentigen Divi-

Die Londoner Beratungen des Zionistischen Aktions-Komitees

Am Freitag, dem 13. Mai, sind die Beratungen des Zionistischen Aktionskomitees in London zum Abschluß gebracht worden.

In den Sitzungen von Mittwoch nachmittag und Donnerstag befaßte sich das Plenum des Aktionskomitees mit der Frage der Entsendung einer besonderen Budget- und Reorganisationskommission nach Palästina, die von der Exekutive vorgeschlagen worden war. Ueber die Befugnisse, die dieser Kommission erteilt werden sollen, wurde sehr lebhaft diskutiert. Einige Minderheitsanträge gingen dahin, die Kommission mit nahezu diktatorischen Vollmachten auszustatten.

Es kamen schließlich folgende Anträge zur Annahme:

1. In Uebereinstimmung mit dem Beschluß der Exekutive beschließt das Aktionskomitee, eine aus fünf Personen bestehende Kommission nach Palästina zu entsenden, die sofort mit der Durchführung ihrer Aufgabe zu beginnen haben wird. Die Exekutive wird ersucht, dem Aktionskomitee Vorschläge über die Zusammensetzung dieser Kommission zur Bestätigung zu unterbreiten.

2. Die Exekutive und das Aktionskomitee erteilen der Kommission die Instruktion, den dem bevorstehenden Kongreß zu unterbreitenden offiziellen Budgetvoranschlag auszuarbeiten und der Exekutive vorzulegen, die ihn samt ihren Bemerkungen an den Kongreß weiterleiten wird.

3. Die Budgetvoranschläge für das kommende Jahr sollen das erwartete Einkommen des Keren Hajessod nicht überschreiten; das ist so zu verstehen, daß die Veranschlagung dieses Einkommens, die von der Exekutive und dem Direktorenrat des Keren Hajessod aufgestellt wird, für die Kommission bindend ist; der landwirtschaftlichen Kolonisation ist besondere Beachtung zuzuwenden.

4. Aufgabe der Kommission wird es sein, das gesamte Wirtschaftssystem des zionistischen Werks, ebenso das Verwaltungssystem der Institutionen, an denen die zionistische Organisation indirekt beteiligt ist, einer Prüfung zu unterziehen. Sie wird betreffs des gegenwärtigen Systems von Wirtschaft und Verwaltung, wie auch betreffs der Fortführung des Wiederaufbauwerks Reformvorschläge auszuarbeiten haben, die in der Form von Resolutionen dem bevorstehenden Kongreß zu unterbreiten sein werden.

5. Das Aktionskomitee gibt der Kommission die Weisung, die Verwaltungsausgaben der zionistischen Exekutive und anderer zionistischer Institutionen, Banken und Gesellschaften in Palästina und außerhalb Palästinas zu prüfen; es soll die Möglichkeit, Ersparnisse im Beamtenstab zu machen und die Ausgaben des Verwaltungsapparats einzuschränken, ins Auge gefaßt werden. Den Ergebnissen der Untersuchung seitens der bereits ernannten Kommission ist Aufmerksamkeit zu schenken.

Es wurde ferner ein Antrag des Herrn Kaplan angenommen, daß die Exekutive die Weisung habe, den Bericht und die Vorschläge der Kommission spätestens drei Wochen vor Beginn des Kongresses allen zionistischen Föderationen und Körperschaften zu übermitteln.

In der Sitzung von Donnerstag nachmittag nahm das Aktionskomitee die folgenden von Dr. Mossinson namens der Wirtschaftskommission gestellten Anträge an:

1. Das Aktionskomitee bestätigt den Beschluß der Exekutive über die Begebung einer Anleihe in Höhe von 140 000 Pfund.

2. Die von der Anleihe aufzubringenden 140 000 Pfund sollen wie folgt verwendet werden: 25 000 Pfund zur Konsolidierung der laufenden Schulden der Exekutive; 25 000 Pfund zur Aufführung von Bauten in der Landwirtschaft für Rechnung des nächstjährigen Budgets; 90 000 Pfund zu Notstandsarbeiten und anderen Vorkehrungen, die eine Erleichterung der Krise und ein Aufheben des Unterstützungswerks herbeizuführen geeignet sind, wobei den Vorschlägen der Exekutive und den Plänen betreffend die Förderung der inländischen Industrie Beachtung geschenkt werden soll.

3. Das Aktionskomitee beauftragt die Exekutive, sobald die erforderlichen Mittel sichergestellt sind, unverzüglich mit den Notstandsarbeiten zu beginnen.

4. Gleichzeitig mit der Durchführung der Notstandsarbeiten soll die Exekutive Mittel zur Ver-

besserung der Lage der jüdischen Arbeiter in den Kolonien zur Verfügung stellen.

5. Das Aktionskomitee ersucht die Exekutive, alle möglichen Maßnahmen zur Linderung der schweren Wirtschaftskrise, die die Bevölkerung von Tel-Awiw durchzumachen hat, zu ergreifen. Vorschläge hierüber werden der Exekutive übermittelt werden.

6. Das Aktionskomitee ersucht die Exekutive, noch vor der Kongreßtagung die im vorigen Jahre für eine zu errichtende Industriebank bewilligten 25 000 Pfund zur Verfügung zu stellen.

7. Das Aktionskomitee beauftragt den Keren Kajemeth, in den städtischen Vororten alles erreichbare Land zwecks Errichtung von Arbeitersiedlungen und -Industrien zu erwerben.

8. Das Aktionskomitee ersucht die Exekutive, in Gemeinschaft mit dem Waad Leumi unverzüglich an die Ausarbeitung einer die Arbeiter betreffenden Verordnung heranzugehen.

9. Das Aktionskomitee erteilt der Exekutive die Weisung, in Gemeinschaft mit dem Waad Leumi einen Plan der Schaffung obligatorischer allgemeiner Arbeitsbureaus aufzustellen und durchzuführen; in diesen Bureaus sollen Arbeitgeber und Arbeitnehmer durch gewählte Repräsentanten in gleicher Stärke vertreten sein. Bis zur Installation solcher Bureaus dürfen die nationalen Institutionen nur solche Arbeiter beschäftigen, die sich bei den Arbeitsbureaus der von der zionistischen Organisation anerkannten Organisationen haben eintragen lassen.

10. Das Aktionskomitee fordert die Exekutive auf, die energischen Vorstellungen bei der Palästina-Regierung fortzusetzen nach der Richtung, daß die öffentlichen Arbeiten der Regierung mit größerer Beschleunigung zwecks Linderung der Arbeitslosigkeit durchgeführt und den Bedürfnissen des Landes entsprechend erweitert werden.

11. Das Aktionskomitee beauftragt die Exekutive, eine aus Vertretern der Exekutive, des Waad Leumi, der Arbeiter und der Kolonisten sich zusammensetzende Prüfungskommission zu ernennen, die die Bedingungen und die Ausdehnungsmöglichkeiten jüdischer Arbeit in den Kolonien, sowie die Möglichkeiten der Ansiedlung von Arbeitern in den Kolonien und ihrer Umgebung zu prüfen haben wird. Die Ergebnisse dieser Prüfung sollen vor der Kongreßtagung veröffentlicht werden.

Ein Antrag, einen Plan für eine große Anleihe zu entwerfen, wurde dem Finanz- und Wirtschaftsrat mit der Weisung übergeben, dem nächsten Kongreß definitive Vorschläge zu unterbreiten. Der Exekutive und der nach Palästina sich begebenden Kommission wurden in weiteren Beschlüssen gewisse besondere Methoden zur Verbesserung der Wirtschaftslage in Palästina zur Durchführung empfohlen.

Herr Kurt Blumenfeld erstattete den Bericht der Subkommission über ein Abkommen mit landwirtschaftlichen Siedlern, woraufhin die folgende Resolution zum Beschluß erhoben wurde: Das nach Palästina sich begebende Reorganisationskomitee soll eine Regelung der Frage des Abkommens mit den Siedlern treffen und dem Kongreß berichten.

Nahum Sokolow appellierte an die Aktionskomiteemitglieder, sich für das Gelingen der 130 000 Pfund-Anleihe aufs äußerste einzusetzen.

Zwei Anträge Ben Gurions betreffend die Entwicklung der Kolonisationsarbeit in der Zukunft wurden an die Exekutive, den Finanz- und Wirtschaftsrat und die Reorganisationskommission weitergeleitet. Sprinzak berichtete namens der Exekutive, daß sie die Empfehlung des Aktionskomitees betreffend die Reduzierung der Zahl der Schekolim, die für die Wahl eines Delegierten nötig sind, einer Prüfung unterzogen und beschlossen habe, diese Zahl von 4000 auf 3000 herabzusetzen. Das Aktionskomitee ratifizierte diesen Beschluß.

Dr. A. Barth unterbreitete namens der Organisationskommission eine Reihe Vorschläge betreffend die Zusammenzählung der Reststimmen der einzelnen Fraktionen und Landsmannschaften auf Grund einer internationalen Liste und erklärte, man sei übereingekommen, daß außer den auf die Einzellisten gewählten Delegierten 25 Mandate auf Grund der Weltliste zur Besetzung gelangen sollen. Die Anträge Dr. Barths wurden angenommen.

besserung der Lage der jüdischen Arbeiter in den Kolonien zur Verfügung stellen.

5. Das Aktionskomitee ersucht die Exekutive, alle möglichen Maßnahmen zur Linderung der schweren Wirtschaftskrise, die die Bevölkerung von Tel-Awiw durchzumachen hat, zu ergreifen. Vorschläge hierüber werden der Exekutive übermittelt werden.

6. Das Aktionskomitee ersucht die Exekutive, noch vor der Kongreßtagung die im vorigen Jahre für eine zu errichtende Industriebank bewilligten 25 000 Pfund zur Verfügung zu stellen.

7. Das Aktionskomitee beauftragt den Keren Kajemeth, in den städtischen Vororten alles erreichbare Land zwecks Errichtung von Arbeitersiedlungen und -Industrien zu erwerben.

8. Das Aktionskomitee ersucht die Exekutive, in Gemeinschaft mit dem Waad Leumi unverzüglich an die Ausarbeitung einer die Arbeiter betreffenden Verordnung heranzugehen.

9. Das Aktionskomitee erteilt der Exekutive die Weisung, in Gemeinschaft mit dem Waad Leumi einen Plan der Schaffung obligatorischer allgemeiner Arbeitsbureaus aufzustellen und durchzuführen; in diesen Bureaus sollen Arbeitgeber und Arbeitnehmer durch gewählte Repräsentanten in gleicher Stärke vertreten sein. Bis zur Installation solcher Bureaus dürfen die nationalen Institutionen nur solche Arbeiter beschäftigen, die sich bei den Arbeitsbureaus der von der zionistischen Organisation anerkannten Organisationen haben eintragen lassen.

10. Das Aktionskomitee fordert die Exekutive auf, die energischen Vorstellungen bei der Palästina-Regierung fortzusetzen nach der Richtung, daß die öffentlichen Arbeiten der Regierung mit größerer Beschleunigung zwecks Linderung der Arbeitslosigkeit durchgeführt und den Bedürfnissen des Landes entsprechend erweitert werden.

11. Das Aktionskomitee beauftragt die Exekutive, eine aus Vertretern der Exekutive, des Waad Leumi, der Arbeiter und der Kolonisten sich zusammensetzende Prüfungskommission zu ernennen, die die Bedingungen und die Ausdehnungsmöglichkeiten jüdischer Arbeit in den Kolonien, sowie die Möglichkeiten der Ansiedlung von Arbeitern in den Kolonien und ihrer Umgebung zu prüfen haben wird. Die Ergebnisse dieser Prüfung sollen vor der Kongreßtagung veröffentlicht werden.

Ein Antrag, einen Plan für eine große Anleihe zu entwerfen, wurde dem Finanz- und Wirtschaftsrat mit der Weisung übergeben, dem nächsten Kongreß definitive Vorschläge zu unterbreiten. Der Exekutive und der nach Palästina sich begebenden Kommission wurden in weiteren Beschlüssen gewisse besondere Methoden zur Verbesserung der Wirtschaftslage in Palästina zur Durchführung empfohlen.

Herr Kurt Blumenfeld erstattete den Bericht der Subkommission über ein Abkommen mit landwirtschaftlichen Siedlern, woraufhin die folgende Resolution zum Beschluß erhoben wurde: Das nach Palästina sich begebende Reorganisationskomitee soll eine Regelung der Frage des Abkommens mit den Siedlern treffen und dem Kongreß berichten.

Nahum Sokolow appellierte an die Aktionskomiteemitglieder, sich für das Gelingen der 130 000 Pfund-Anleihe aufs äußerste einzusetzen.

Zwei Anträge Ben Gurions betreffend die Entwicklung der Kolonisationsarbeit in der Zukunft wurden an die Exekutive, den Finanz- und Wirtschaftsrat und die Reorganisationskommission weitergeleitet. Sprinzak berichtete namens der Exekutive, daß sie die Empfehlung des Aktionskomitees betreffend die Reduzierung der Zahl der Schekolim, die für die Wahl eines Delegierten nötig sind, einer Prüfung unterzogen und beschlossen habe, diese Zahl von 4000 auf 3000 herabzusetzen. Das Aktionskomitee ratifizierte diesen Beschluß.

Dr. A. Barth unterbreitete namens der Organisationskommission eine Reihe Vorschläge betreffend die Zusammenzählung der Reststimmen der einzelnen Fraktionen und Landsmannschaften auf Grund einer internationalen Liste und erklärte, man sei übereingekommen, daß außer den auf die Einzellisten gewählten Delegierten 25 Mandate auf Grund der Weltliste zur Besetzung gelangen sollen. Die Anträge Dr. Barths wurden angenommen.

so daß in der Altstadt ein außergewöhnlicher Verkehr herrschte, kam es nirgends zu irgendwelchen Zusammenstößen. Es herrschte überall beste Ordnung.

Zur Ausstellung „Wien und die Wiener“. Wien kürzlich wurde die Ausstellung „Wien und die Wiener“ eröffnet. Die Vereinigung der Vertreter der jüdischen und der hebräischen auswärtigen Presse war offiziell eingeladen worden. Der Präsident dieser Vereinigung gehört dem Ehrenausschuß der Ausstellung an. In der Ausstellung selbst, die die tausendjährige Entwicklung Wiens veranschaulichen soll, ist das Wiener Judentum in der Gruppe der sozialen Fürsorge und in der Presseausstellung vertreten. Die Exposition der Zentralstelle für jüdische Jugendfürsorge erregt große Aufmerksamkeit und findet reiche Anerkennung.